



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
27.11.2024 Elbe-Jeetzel-Zeitung: „Immer noch Sorgfalt vor Eile“	4

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Autor/-in: ejz
Seite: 2 bis 2
Rubrik: LOKALES

Jahrgang: 2024
Nummer: Ausgabe 277, 2024
Auflage: 9.281 (gedruckt)¹ 10.020 (verkauft)¹
 10.312 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,014 (in Mio.)²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 3/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

„Immer noch Sorgfalt vor Eile“

3. Forum Endlagersuche – Asta von Oppen aus Gartow wieder ins Planungsteam gewählt

Lüchow-Dannenberg. Zwei Tage lang haben mehr als 500 Teilnehmende beim 3. Forum Endlagersuche am 22. und 23. November vor Ort in Würzburg oder digital zugeschaltet über die Standortauswahl für das deutsche Endlager für hoch radioaktive Abfälle und die Beteiligung der Öffentlichkeit daran diskutiert.

In besonderer Funktion war Asta von Oppen aus Gartow mit dabei. Sie wurde erneut in das vorbereitende Planungsteam Forum Endlagersuche gewählt – für die Gruppe der Kommunalvertretungen. „Oberstes Ziel ist für mich immer noch Sorgfalt vor Eile. Ein zweites Scheitern einer Endlagersuche wie in Gorleben kann sich die Gesellschaft nicht leisten. Das habe ich in Würzburg vertreten“, erklärte von Oppen zum Forum, das als offener Dialog- und Beteiligungsraum zwischen der mit der Endlagersuche beauftragten Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und der Öffentlichkeit dient.

Zwei Tage Programm

Schwerpunkt des ersten Forum-Tags war der aktuelle Arbeitsstand der BGE. Am zweiten Tag ging es vor allem um die Prüfstrategie des beaufsichtigenden Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) sowie um jüngst vorgelegte Konzepte zur Beteiligung und zur Vorbereitung der Regionalkonferenzen. Dieses öffentliche Format wird aktiv, wenn es bei der

Suche um konkrete Gebiete und deren übertägige Erkundung geht. Damit ist 2027 zu rechnen. „Um wirksame Beteiligung dieser Regionalkonferenzen vorzubereiten, bedarf es in den nächsten Jahren einer intensiven Debatte, in die ich unsere Erfahrungen bei der Standortsuche in Gorleben einbringen kann.“ Ein wesentliches Thema in Würzburg war außerdem die Frage, ob und wie die Standortsuche beschleunigt werden kann. Bei einer Podiumsdiskussion warb der SPD-Bundestagsabgeordnete Jakob Blankenburg (Wahlkreis Lüchow-Dannenberg/Lüneburg) für einen politischen Konsens über den langen Zeitraum hinweg, der benötigt wird, um das wissenschaftsbasierte Standortauswahlverfahren zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Asta von Oppen hat zur Verfahrensgeschwindigkeit eine Überzeugung: „Als Vertreterin des Landkreises Lüchow-Dannenberg, in dem in Gorleben eines der größten Zwischenlager Deutschlands steht, werde ich nur die Beschleunigungsvorschläge unterstützen, die nicht auf Kosten des Sicherheitsanspruchs in der Endlagersuche gehen.“

Von Oppen: Sicherheit an erster Stelle

Sie trete dafür ein, dass das anspruchsvolle deutsche Verfahren effizient und mit Sorgfalt weitergeführt werde, die Sicherheit an erster Stelle stehe und nicht am Ende politische Einflussnahme und finanzielle Nöte zu

unsachlichen Entscheidungen führen. Denn „es ist uns als Vertreter/innen der Zivilgesellschaft gelungen, uns in die Debatte um einen wissenschaftsbasierten Prozess einzumischen. Tendenzen, die Suche auf Kosten von Sicherheit abzukürzen und zum Beispiel die bayrischen Kristallinvorkommen kurzerhand als mögliche Standorte für ein Endlager auszuschließen, haben wir uns erfolgreich entgegengestellt.“ Das 4. Forum Endlagersuche soll 2025 in Hannover stattfinden.

Die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg bewertet Verlauf und Ergebnisse des Forums kritisch. So sei „schon im Vorfeld des Endlagerforums ein wenig die Luft raus gewesen“, weil die BGE bereits Anfang November ihren Arbeitsstand präsentiert hatte (EJZ berichtete). Aufgrund des mittlerweile deutlich längeren Zeitfensters bei der Endlagersuche stehe überdies die Frage im Raum, ob das Geld, das von den Atomstromproduzenten in den Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung (Kenfo) eingezahlt wurde, am Ende überhaupt für die Zwischenlagerung und die Endlagerung reicht. Sie sei aus Sicht der BI unbeantwortet geblieben. Die Bürgerinitiative verweist außerdem auf eine Beteiligungslücke durch die mittlerweile aufgelöste Fachkonferenz Teilgebiete.

ejz

Wörter: 511

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG